

Wahlprüfsteine des Jungen DBSH NRW zur Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2022

Antworten der Partei CDU

- **Was werden Sie gegen den vorhandenen Fachkräftemangel und die zu geringe Wertschätzung in der Sozialen Arbeit unternehmen? Angehende Fachkräfte absolvieren meist ein unvergütetes Pflichtpraktikum in Vollzeit. Wie bewerten Sie daraus resultierende, häufig prekäre Lebensbedingungen von Studierenden?**

Mit dem „Arbeitsprogramm zur Personalgewinnung für Kindertageseinrichtungen“ wollen wir Fachkräfte ausbilden, binden und zurückgewinnen: Dazu erhöhen wir die Attraktivität des Berufsfeldes, indem wir die sehr kurze Karriereleiter ausbauen und Qualifizierungsmöglichkeiten verbessern. Unsere pädagogischen Fachkräfte brauchen die gesellschaftliche Anerkennung, die ihnen zusteht. Für Praktika im Bereich der Pflege- und Gesundheitsfachberufe werden wir weitere Fördermöglichkeiten schaffen und uns auf Bundesebene für eine Stärkung des freiwilligen Jahres einsetzen. In den vergangenen fünf Jahren haben wir unsere Schulen durch Schulverwaltungsassistenten entlastet und die Finanzierung der Schulsozialarbeit dauerhaft gesichert. Zu den seit 2017 rund 10.000 zusätzlich eingestellten Lehrkräften an unseren Schulen kommen rund 3.300 pädagogische Fachkräfte hinzu. Für die Lehrämter Grundschule und Sonderpädagogik haben wir insgesamt 1.450 zusätzliche Studienplätze im Jahr geschaffen.

- **Wie wollen Sie sich konkret für mehr Digitale Teilhabe bspw. bei älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen in stationären Wohnsettings einsetzen und welche Unterstützungsmöglichkeiten sehen Sie, um bestehende Ungleichheiten beim Thema Digitalisierung zu beenden und zu verringern?**

Wir wollen alle Menschen dazu befähigen, sich in der medialen Welt sicher und eigenständig zu bewegen. Deshalb stehen wir für einen ganzheitlichen und systematisierten Ansatz im Bereich Medienkompetenzförderung, die wir als zentrales Thema der Digitalstrategie etabliert und mehr Mittel für Förderung bereitgestellt haben. Mit dem #DigitalCheckNRW haben wir ein echtes Leuchtturmprojekt zur Stärkung von Medienkompetenz gestartet,

das bundesweit führend und Vorbild für andere Bundesländer ist. Wir unterstützen den Weg der Landesanstalt für Medien, zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Medienkompetenz-Projekte zu werden. Wir wollen zusätzliche medienpädagogische Angebote für alle Generationen, Familien, Lehrpersonal und Erziehende schaffen. Mit dem DigitalPakt Schule investieren wir über eine Milliarde Euro in den Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen. Wir werden die Lehrpläne überarbeiten, damit digitale Kenntnisse immer mit Medienkompetenz gekoppelt werden. Außerdem wollen wir die Chancen einer digitalen Demokratie-Teilhabe weiter erforschen und erproben.

- **Durch Corona waren Angebote der Sozialen Arbeit stark von Schutzmaßnahmen betroffen und in ihrer Struktur der Niedrigschwelligkeit beeinträchtigt. Wie stellen Sie sich zukunftsichere Gestaltungsmöglichkeiten für Angebote vor, um Pandemie-Folgen insbesondere für Kinder/Jugendliche entgegenzuwirken?**

Um jungen Menschen, die während der Corona-Pandemie auf zahlreiche soziale Kontakte verzichten mussten, wieder Freiräume für Gemeinschaftserlebnisse zu ermöglichen, werden wir eine Sonderförderung „Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche“ auflegen. Gleichzeitig wollen wir ein Sonderprogramm zur Ertüchtigung von Kinder- und Jugendhäusern auflegen. Wir sehen den steigenden Bedarf an Personal für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Um Schülerinnen und Schülern bedarfsgerechte Betreuung und Begleitung bieten zu können, werden wir den Einsatz von multiprofessionellen Teams bestehend aus Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, Heilpädagoginnen und -pädagogen oder schulpsychologischen Diensten weiter ausbauen. Für die Schuleignungsphase haben wir die Anzahl der sozialpädagogischen Fachkräfte im Vergleich zu 2017 bereits verdoppelt. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir zudem ein Sonderprogramm zur Sanierung und Instandsetzung von Spiel- und Bolzplätzen auflegen.

- **Die Finanzkraft der Kommunen unterscheidet sich sehr stark. Dies kann negative Auswirkungen auf die Hilfestrukturen und Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit an unterschiedlichen Standorten haben. Welche Strategien haben Sie geplant, um dies zu verhindern?**

Insbesondere für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine werden wir Integrationsangebote entwickeln und die Kommunen bei den anstehenden Aufgaben unterstützen. Denn wir sind überzeugt: Alle, die zu uns kommen und mit uns und nach unseren Gesetzen und

Werten leben, sind eine Bereicherung. Damit das so bleibt, haben wir das bundesweit modernste Integrationsgesetz geschaffen und die Kommunen erstmals mit genug Geld für die Integration ausgestattet. In den vergangenen fünf Jahren haben wir außerdem die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen mit der Rekordsumme von rund 64 Milliarden Euro über die Gemeindefinanzierung des Landes gesichert. Dadurch ist es zahlreichen Kommunen gelungen, aus der Haushaltssicherung herauszukommen. Außerdem haben wir beim Bund eine jährlich wiederkehrende Entlastung der Kommunen für die Unterkunftskosten bei Hilfsbedürftigkeit in Höhe von rund einer Milliarde Euro durchgesetzt.

- **Was werden Sie zum Schutz von Betroffenen häuslicher/partnerschaftlicher Gewalt, Kindern und queeren Personen tun? Welche präventiven Maßnahmen und familien- /bildungspolitischen Ziele verfolgen Sie? Und wie sollen konkret dringend benötigte Frauenhausplätze in NRW geschaffen und finanziert werden?**

Als bundesweiter Vorkämpfer haben wir seit 2017 das modernste Kinderschutzgesetz eingebracht, im Landtag eine Kinderschutzkommission eingesetzt, eine Anlaufstelle „Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ geschaffen und die Mittel für Beratung bei sexualisierter Gewalt erhöht. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hassgewalt-Delikte zukünftig gesondert erfasst und explizit in der Kriminalitätsstatistik ausgewiesen werden, um eine bessere Prävention gegen Antisemitismus, Rassismus, Queer-Feindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu ermöglichen. Häusliche Gewalttäter können länger in Polizeigewahrsam genommen werden, um die Opfer effektiver vor Gewalt zu schützen. Präventive Täterarbeit werden wir weiter stärken. Erstmals seit 2010 haben wir zusätzliche Plätze in Frauenhäusern gefördert. Wir haben die Anzahl der Akutschutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen gesteigert und Lücken in der Gewaltschutzinfrastruktur geschlossen. Daneben haben wir erstmals eine Infrastruktur für von Gewalt betroffene Männer aufgebaut.

- **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, die Kommunen, Gemeinden und Städte bei der Betreuung von Geflüchteten und der Zusammenarbeit mit privaten Trägern zu unterstützen, um u.a. problematische Lebensverhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften zu verhindern und Gleichbehandlung zu gewährleisten?**

Um den Menschen, die Schutz vor Verfolgung und Krieg benötigen, zu helfen, müssen wir gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern eng zusammenarbeiten. Durch die

Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes haben wir die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen deutlich stärker finanziell zu unterstützen. Durch die Novelle des Teilhabe- und Integrationsgesetzes wurde eine Mindestförderung von 130 Millionen Euro jährlich für die Integrationsarbeit der Kommunen festgeschrieben. Mit dem bundesweit modernsten Integrationsgesetz statten wir die Kommunen so erstmals mit genug Geld für die Integration aus. Eine dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen, die kommunal zugewiesen wurden, befürworten wir aus integrationspolitischen Gesichtspunkten. Bei der Aufgabenwahrnehmung respektieren wir das Subsidiaritätssystem - Kommunen sollen eigenverantwortlich über die konkrete Art der Unterbringung der Geflüchteten entscheiden.

- **Alter(n) zu begleiten ist Aufgabe der Sozialen Arbeit und unsere Profession somit Teil des Hilfesystems. Wie wollen Sie zukünftig die Vernetzung der verschiedenen Professionen im Gesundheitssystem gestalten bzw. fördern, um so Senior:innen den Anspruch auf Selbstbestimmung und Teilhabe zu erfüllen?**

Wir wollen pflegebedürftigen Menschen ein möglichst selbständiges Leben ermöglichen. Gute Pflege benötigt qualifiziertes und motiviertes Personal. Mehr Zeit, weniger Hektik und weniger Dokumentation, dafür mehr menschliche Zuwendung sind dabei zentrale Elemente. Daher werden wir die Zahl der Pflegekräfte z. B. durch die Anwerbung von ausländischen Fachkräften erhöhen. Zur Unterstützung bei kurzfristigem Personalmangel streben wir die Einrichtung von Personalpools in den Pflegeberufen an. Außerdem setzen wir uns für die Durchführung von Modellvorhaben zur Erprobung von zukünftigen Personalbemessungsinstrumenten in allen Bereichen der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung ein. Zudem wollen wir einen Personalmix in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, der alle vorhandenen Qualifikationsstufen angemessen berücksichtigt und unterstützen die Umsetzung solcher Personalmixmodelle.

- **Seit Jahren werden offizielle Beschwerdestellen zu polizeiunabhängigen Untersuchungen von Beschwerden gegen die Polizei gefordert. Welche Position vertreten Sie bei der Forderung nach solchen Beschwerdestellen, speziell für Bürger:innen-Belange und wie beurteilen Sie das aktuelle Versammlungsgesetz?**

Wir stehen uneingeschränkt hinter unseren Polizistinnen und Polizisten und auch in der Gesellschaft besteht eine hohe Akzeptanz und Wertschätzung. Dies hängt damit



DBSH e. V. – Junger DBSH
Bundesgeschäftsstelle
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Email: junger@dbsh.de
Web: www.junger-dbsh.de

zusammen, dass die Polizei professionell und bürgernah arbeitet. Dabei ist selbstverständlich auch in der nordrhein-westfälischen Polizei eine ordentliche Fehlerkultur zwingend notwendig. Dazu existiert bereits ein Beschwerdemanagement, das rechtsstaatlich klar normiert ist und einen jährlichen Bericht bereitstellt. Zudem können Bürgerinnen und Bürger Anzeige erstatten oder von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen. Seit 2017 haben wir einen Extremismus- sowie Polizeibeauftragten eingesetzt, denn wir setzen verstärkt auf Selbstkontrolle und Aufsicht in der Polizei und auf die rechtsstaatlichen Instrumente, die bereits existieren. Wir sind entschlossen, extremistische Bestrebungen auch weiterhin unter dem Deckmantel des Versammlungsgesetzes zu unterbinden.